

Plan B darf Afghanen für Aufnahme melden

Mitte Oktober hat die Bundesregierung den Start des Bundesaufnahmeprogramms für Afghanistan verkündet. Dabei haben das Innenministerium und das Auswärtige Amt eng mit Nicht-Regierungsorganisationen zusammengearbeitet. 100 von ihnen sind nun „meldeberechtigte Stellen“, das heißt, sie schlagen der Bundesregierung Personen in Afghanistan vor, die ihrer Meinung nach in Deutschland aufgenommen werden sollen, weil sie von der Verfolgung durch die Taliban bedroht sind. Die Tübinger Flüchtlingsberatungsstelle Plan B ist eine dieser Meldestellen. „Das zeigt, dass wir im letzten Jahr ganz gute Arbeit gemacht haben“, so Andreas Linder von Plan B. Er vermutet, das Auswärtige Amt hat die Tübinger Organisation vorgeschlagen. Plan B hat zur Zeit rund 20 Fälle, für die es Aufnahmeanträge stellen will. Bisher waren derartige Anträge nur in Ausnahmen erfolgreich. So hat Plan B erreicht, dass eine afghanische Menschenrechtlerin und ein Teil ihrer Familie im Zollernalbkreis aufgenommen wurde. *s/o*